

### Referat für Öffentlichkeitsarbeit

Roxanne Camen, Liam Demmke, Steffen Fischer  
Schlossplatz 1  
48149 Münster

Zimmer: 201  
E-Mail: [asta.oeffentlichkeit@uni-muenster.de](mailto:asta.oeffentlichkeit@uni-muenster.de)  
Internet: [www.asta.ms](http://www.asta.ms)  
Facebook: [ASTA Uni Münster](https://www.facebook.com/ASTA.Uni.Muenster)

Donnerstag, der 25. Januar 2018

### **Beschluss des Senats der Universität Münster: Gegen die Einführung von Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer\*innen**

Nachdem sich das Studierendenparlament der Universität Münster bereits vor einigen Monaten einen Beschluss gefasst hatte, lehnte der Senat der Universität Münster gestern (Mi, 24. Januar 2018) die von der schwarz-gelben Landesregierung vorgesehenen Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer\*innen ab. Der Beschluss lautet:

*"Der Senat der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster (WWU) hält ein Konzept von Studienbeiträgen für Studierende aus Nicht-EU-Ländern mit der Internationalisierungsstrategie der WWU für nicht vereinbar. Deshalb bittet der Senat der WWU die Landesregierung, auf die Einführung von Studienbeiträgen für Studierende aus Nicht-EU-Ländern zu verzichten."*

Der Allgemeine Studierendenausschuss (ASTA) begrüßt diesen Beschluss. Annabell Kalsow aus dem ASTA-Vorsitz sagt dazu:

*„Der Senat unserer Uni hat gestern eine Resolution gegen die von der schwarz-gelben Landesregierung geplanten Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer\*innen beschlossen. Wir als ASTA begrüßen diese Entscheidung des Senats! Studiengebühren stellen ein massives Hemnis für eine offene, vielfältige Hochschule dar. Die Resolution zeigt auch, dass sich beständiger studentischer Einsatz lohnt. Der ASTA wird sich weiter gegen Studiengebühren einsetzen!“*

Nach der Universität Köln ist dies nun die zweite Universität in Nordrhein-Westfalen, die sich gegen die Pläne der schwarz-gelben Landesregierung stellt. Dies zeigt, wie sehr die Ansichten über die Ausgestaltung von „weltbesten Bildung“, wie im Wahlkampf angekündigt, divergieren.

Die schwarz-gelbe Landesregierung argumentiert bei vielen Plänen mit einem Mehr an Studierfreiheit. Die bisher bekannten Pläne zur Wiederzulassung von Anwesenheitspflichten und zur Wiedereinführung von Studiengebühren weisen dagegen genau in die entgegengesetzte Richtung, nämlich in Richtung Beschneidung der Vielfalt und Offenheit der NRW-Universitäten.

Der ASTA wird sich auch in Zukunft dafür einsetzen, dass die Hürden beim Zugang zu Bildung abgebaut werden und die Diversität an den Universitäten ermöglicht wird.

Bei Rückfragen stehen wir Ihnen selbstverständlich zur Verfügung.